



Gemeinsames Fortbildungsprogramm der rheinland-pfälzischen und saarländischen Justiz 2025

I-41 „Beweisantragsrecht“

- Datum:** 22. bis 24. September 2025 (Montag bis Mittwoch)
- Ort:** Oberaula
- Zielgruppe:** Strafrichterinnen und Strafrichter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
- Inhalt:** Das Beweisantragsrecht ist ein wichtiges Mittel der Verteidigung, um auf das gerichtliche Verfahren Einfluss nehmen zu können. Sowohl für Richterinnen und Richter als auch für die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bedeutet dies, dass sie sich in vielen Verfahren mit einer Vielzahl von Beweisanträgen der Verteidigung auseinandersetzen müssen. Dabei steht angesichts des mit einer umfangreichen Beweisaufnahme verbundenen Zeitaufwands häufig die Frage im Raum, ob und in welchem Umfang dem Beweisantrag nachgegangen werden muss. Diese Frage und die grundsätzlichen Anforderungen an Beweisanträge sollen anhand der aktuellen Rechtsprechung erörtert werden.
- Der Umgang mit dysfunktionalen Beweisanträgen wird ein weiteres Thema sein.
- Veranstaltungsinhalt:
Es sollen schwerpunktmäßig folgende Ablehnungsgründe vorgestellt werden:
- Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache
 - Wahrunterstellung
 - völlige Ungeeignetheit des Beweismittels
 - Unerreichbarkeit des Beweismittels
- Dysfunktionale Beweisanträge:
- Der Ablehnungsgrund der Prozessverschleppung
 - Politisch motivierte Beweisanträge
 - Beweisanträge auf Vernehmung erkennender Richter
 - Fristsetzungen nach § 244 Abs. 6 S. 2-4 StPO
 - Reformvorhaben des BMJV
- Darüber hinaus sollen die Grundlagen des Beweisantragsrechts (Beweisantrag im Rechtssinne, Antizipationsverbot) vertieft werden.



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM DER JUSTIZ

Ministerium der
Justiz

SAARLAND



Gemeinsames Fortbildungsprogramm der rheinland-pfälzischen und saarländischen Justiz 2025

- Referierende:** Prof. Dr. Hartmut Schneider
Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof
Leipzig
- Anmeldefrist:** 15. April 2025
für Interessierte aus Rheinland-Pfalz
- Veranstalter:** Hessen
Die Tagung wird in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium der
Justiz durchgeführt.